



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)

8. Sitzung des Schul- und Sportausschusses (Wahlperiode 2013-2018)

am **Donnerstag, 20.11.2014**

Ort: Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6,
23560 Lübeck,
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:54 Uhr

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Kristina Aberle- Bü90/DIEGRÜNEN

Anja Sabrina Hagge- SPD

(bis TOP 4.4)

Dr. Marek Lengen- SPD

(ab TOP 5.1)

Jörn Puhle- SPD

Anette Röttger- CDU

Hauke Wegner- CDU

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Katja Godowski- SPD

Timon Kolterjahn- FDP

Sascha Luetkens- DIE LINKE

Oliver Prieur- CDU

Georg Schopenhauer- SPD

Stellvertreter

Michael Böge- CDU

Vertretung für: Frau Schatz, Ingrid

Jörg Haltermann- SPD

Vertretung für: Frau Hagge, Anja
Sabrina

Jörg Haltermann- SPD

Vertretung für: Herrn Dr. Lengen,
Marek

Verwaltung

Annette Borns- FB 4 - Fachbereichsleitung
Petra Albrecht- FB 4 - Jugendhilfeplanung
Sven Beesel- FB 4 - Fachbereichscontrolling
Renate Heidig- FB 4 - Jugendhilfeplanung
Klaus-Peter Jürgensen- Fachbereichsdienste FB 4
Angelika Kramm- FB 4 - Fachbereichscontrolling
Andreas Borchardt- Schule und Sport
Hans-Hinrich Breuer- Schule und Sport
Jörg Geller- Schule und Sport
Rainer Hielscher- GMHL
Dorte Niehus- Lübecker Schwimmbäder
Sonja Rieper- Schule und Sport
Anke Seegeberger- FB 2
Friedrich Thorn- Schule und Sport
Christiane Wiebe- 4.403 VHS Lübeck

Protokollführung

Antje Richter- 4.401 Schule und Sport

Gäste

Krämer-Mandau- - Beratungsbüro "Projektgruppe
Bildung und Region"

Sonstige Personen

Helge Daus- Schulrat
Farsaneh Samadi- Forum für Migrantinnen und Migranten

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Ingrid Schatz- CDU entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Tadeusz Nikitin- Die PARTEI-PIRATEN entschuldigt
Grete Rhenius- BfL entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.09.2014
3. Anfragen / Antworten / Mitteilungen
 - 3.1. Mitteilungen der Verwaltung
 - 3.1.1. Haushaltmäßige Ordnung einer Entschädigungszahlung
 - 3.1.2. Freigabe der Sicherungseinbehalte für die Schulbudgets
 - 3.1.3. Schule Grönauer Baum / Schadstoffbelastung Ganztagsräume
 - 3.1.4. Schulleiterwahlen / Holstentor-Gemeinschaftsschule, Dom-Schule
 - 3.1.5. Sitzungstermine Schul- und Sportausschuss 2015
 - 3.1.6. Zahl der Viertklässler
 - 3.2. Anfrage von Herrn Timon Kolterjahn im Schul und Sportausschuss - Absage von Schulplätzen
Vorlage: VO/2014/01998
 - 3.3. Anfrage von AM Timon Kolterjahn im Schul und Sportausschuss - Finanzielle Belastung durch Inklusionskonzept
Vorlage: VO/2014/01999
 - 3.4. Anfrage von Herr Georg Schopenhauer - Finanzierung Schulbegleiter
 - 3.5. Anfrage von Herrn Tadeusz Nikitin - Schultoilettensanierung
 - 3.6. Anfrage von Herrn Tadeusz Nikitin - Ist-Zustand der technischen Ausstattung der Lübecker Schulen
 - 3.7. Anfrage von Herrn Tadeuz Nikitin - Gesamtkonzept zur technischen Ausstattung der Lübecker Schulen
4. Berichte
 - 4.1. Erste Erkenntnisse (Bevölkerungsentwicklung/SchülerInnen-Zahlenentwicklung) zur neuen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung

- 4.2. Förderung der Lübecker Schulkindbetreuung – Ganztage an Schule
Vorlage: VO/2014/01997
- 4.3. Bericht zum Kommunalen Integrationskonzept der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2014/01993
- 4.4. Finanzierung der Sanierung der Grundschule Groß Steinrade
Antwort/Bericht zum Interfraktionellen Antrag VO/2014/01777 bezgl. VO/2014/01901
Vorlage: VO/2014/02094
- 4.5. Bericht über den Meilensteinbericht der Ist-Analyse des Projektes "Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL"
Vorlage: VO/2014/02088
- 4.6. Aktuelle Situation der DAZ*-Klassen in den Lübecker Schulen
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung 2015 mit Stellenplanänderungen 2015
Vorlage: VO/2014/01995
 - 5.2. Spendenannahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung über 20.500 Euro für die berufsbegleitende Vorbereitung auf den Mittleren Schulabschluss an der VHS Lübeck
Vorlage: VO/2014/02026
 - 5.3. Spendenannahme einer Geldspende der Possehlstiftung über 15.000 Euro für die Anschaffung eines Mobilen Klassenzimmers (Kurssatz Notebooks) für die VHS-Deutschkurse
Vorlage: VO/2014/02027
 - 5.4. Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 200.000 €
Vorlage: VO/2014/02060
 - 5.5. Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung über 1,25 Mio. Euro
Vorlage: VO/2014/02061
 - 5.6. Spendenannahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung für die Schulbauentwicklung der Marienschule, Schule Falkenfeld, Baltic-Schule, Berend-Schröder-Schule, Emanuel-Geibel-Schule und Kita Glockengießer Straße
Vorlage: VO/2014/02067
6. Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
7. Anträge von Ausschussmitgliedern
8. Verschiedenes

13. Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschuss erhebt keine Einwände gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, Herrn Jörn Krüger das Wort zu erteilen.

Herr Krüger stellt sich dem Gremium als neuer Schulleiter der Emil-Possehl-Schule vor.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Damit wird die Tagesordnung einschließlich des nichtöffentlichen Teils wie vorgelegt einstimmig festgestellt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.09.2014

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine schriftlichen Einwände zum Protokoll der letzten Sitzung vom 11.09.2014 vorliegen.

Wortmeldungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende lässt über die Feststellung der Niederschrift abstimmen.

Der Ausschuss stellt die Niederschrift einstimmig fest.

TOP 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

TOP 3.1 Mitteilungen der Verwaltung

TOP 3.1.1 Haushaltmäßige Ordnung einer Entschädigungszahlung

Herrn Thorn nimmt Bezug auf die Erörterung der Vorlage Nr. VO/2014/01687 Außerplanmäßige Bewilligung von Haushaltsmitteln gem. § 95d Abs. 1 Gemeindeordnung Schl.-Holst. (GO) für das Haushaltsjahr 2011 im Produkt 424003000 – Bark Passat/Passathafen bis zur Rechtskraft des Bebauungsplanes zum Waterfront-Projekt in der

letzten Ausschusssitzung und informiert, wie von Herrn Dr. Federsel erbeten, über die Modalitäten der Maßnahme: Mit Vertrag vom 27.12.2004 hat die Hansestadt Lübeck eine 2.025 m² große Fläche auf dem Priwall an das Ehepaar S. verpachtet. Es war für den Betrieb einer Gaststätte, einer Minigolfanlage und zu Wohnzwecken vermietet. Der Mietvertrag war bis zum 31.12.2016 befristet. Im Zuge der Planung zu Priwall Waterfront haben sich beide Parteien auf eine vorzeitige Vertragsauflösung geeinigt. Als Entschädigung für die Gebäude und die vorzeitige Aufgabe des Gastronomiebetriebes hat die Hansestadt Lübeck zu 31.10.2011 eine Entschädigung an das Ehepaar S. gezahlt. Diese Entschädigungszahlung ist von einem falschen Produktsachkonto gezahlt worden und nun neu zu ordnen, damit der Jahresabschluss 2011 vorgenommen werden kann.

TOP 3.1.2 Freigabe der Sicherungseinbehalte für die Schulbudgets

Herr Thorn erläutert den Hintergrund der Sicherungsreserven von Schulbudgetmitteln und gibt bekannt, dass nunmehr die Ausschüttung des bisher einbehaltenen Betrages nach Abzug der verteilten Sondermittel in Höhe von 124.000 € an die Schulen erfolgen konnte.

TOP 3.1.3 Schule Grönauer Baum / Schadstoffbelastung Ganztagsräume

Herr Thorn informiert über das Ergebnis eines Schadstoffgutachtens für die Räume des Offenen Ganztags an der Schule Grönauer Baum, wonach die Möglichkeit einer Raumluftbelastung bestehe, eine Räumung des Gebäudes nach derzeitigen Erkenntnissen jedoch nicht notwendig sei. Nach Erhalt des Gutachtens wurden umgehend weitere Schritte mit dem GMHL abgestimmt und erste Sofortmaßnahmen eingeleitet. Derzeit erfolgen die erforderlichen näheren Untersuchungen durch den Schadstoffgutachter. Der Bereich Schule und Sport steht hierbei im engen Austausch mit der Schule, auch der Offene Ganztags und die Eltern sind informiert.

TOP 3.1.4 Schulleiterwahlen / Holstentor-Gemeinschaftsschule, Dom-Schule

Frau Richter teilt mit, dass der Schulleiterwahlausschuss der Holstentor-Gemeinschaftsschule in seiner Sitzung am 17.09.14 den Bewerber Herrn Lutz Glaeßner gewählt und dem Ministerium für Schule und Berufsbildung zur Besetzung der Schulleiterstelle vorgeschlagen hat. Die nächste Schulleiterwahl findet am 10.12.14 für die Dom-Schule statt.

TOP 3.1.5 Sitzungstermine Schul- und Sportausschuss 2015

Der Vorsitzende weist auf die umverteilten Ausschusstermine hin (**siehe Anlage 1**).

Frau Richter erläutert zum Sitzungskalender, dass die Mai-Sitzung aufgrund der vorgezogenen Bürgerschaftssitzung außerhalb des turnusmäßigen Termins stattfinden muss.

TOP 3.1.6 Zahl der Viertklässler

Herr Thorn nimmt Bezug auf die Meldung der Lübecker Nachrichten vom 11.11.14, nach der die Zahl der Übergänge auf weiterführende Schulen im Jahr 2015 zurückgehen wird, da die Zahl der Viertklässler im Land 8,5 % unter der des Vorjahres liegt. Herr Thorn gibt im Vorgriff auf die folgende Präsentation bekannt, dass die Lübecker Entwicklung anders aussieht. In der HL sei die Zahl der Viertklässler im gleichen Zeitraum lediglich um 0,86 % gesunken.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 3.2 Anfrage von Herrn Timon Kolterjahn im Schul und Sportausschuss - Absage von Schulplätzen Vorlage: VO/2014/01998

Herr Kolterjahn erläutert den Hintergrund seiner Anfrage.

Frau Senatorin Borns nimmt dies zum Anlass die Ausschussmitglieder zu bitten, Anfragen möglichst konkret zu formulieren, damit die Verwaltung individuellen Fällen ggf. direkt nachgehen kann.

Frau Godowski führt ein Beispiel aus dem Lübecker Bildungsportal an, wonach für einen bestimmten Bildungsgang an der Dorothea-Schlözer-Schule ausschließlich Schülerinnen angesprochen werden.

Herr Daugs gibt allgemeine Informationen zu den Aufnahmeverfahren und führt aus, dass es klare Aufnahmeregelungen gibt, die Absagen für Schulplätze aus diskriminierenden Gründen ausschließen. Zu dem Hinweis von Frau Godowski teilt Herr Daugs mit, dass bei den Berufseingangsklassen (SchülerInnen mit abgeschlossener Schulpflicht, ohne Ausbildungsplatz) die Jungen nur an der Emil-Possehl-Schule aufgenommen werden und die Mädchen nur an der Dorothea-Schlözer-Schule.

Der Ausschuss hat keine Einwände, Herrn Krüger zu dieser Thematik das Wort zu erteilen.

Herr Krüger schließt auch für die Beruflichen Schulen eine Ablehnung aufgrund des Geschlechts aus.

TOP 3.3 Anfrage von AM Timon Kolterjahn im Schul und Sportausschuss - Finanzielle Belastung durch Inklusionskonzept Vorlage: VO/2014/01999

Frau Senatorin Borns teilt mit, dass die Frage von Herrn Kolterjahn nach den Auswirkungen des Inklusionskonzeptes der Landesregierung für die HL zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden kann. Auf Nachfrage von Herrn Luetkens weist Frau Borns darauf hin, dass die beschlossene Stellenerhöhung im Aufgabenbereich der SchulassistentInnen vom Land finanziert wird. Ggf. sei es Aufgabe der HL, die organisatorische Anbindung der

zusätzlichen Stellen zu entwickeln.

Herr Daugs ergänzt, dass die personelle Verstärkung der Schül*erassistenz unter Berücksichtigung der positiven Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der Schulbegleitung eher zu einer finanziellen Entlastung der HL führen wird.

TOP 3.4 Anfrage von Herr Georg Schopenhauer - Finanzierung Schulbegleiter

Dem Ausschuss liegt folgende Anfrage von Herrn Schopenhauer vor:

In der Hansestadt gibt es seit über einem Jahr in den Sozialräumen unterschiedliche Träger für die Schulbegleiter. Erfolgt die Abrechnung der Zuschüsse an den Träger nach dem im Sozialraum festgestellten Bedürfnissen oder nach den tatsächlich eingestellten Personen, d.h. profitiert von einer Unterbesetzung der Träger oder die Stadt?

Herr Schopenhauer erläutert den Hintergrund seiner Anfrage.

Frau Senatorin Borns informiert, dass mit den Trägern Leistungsverträge geschlossen wurden und eine „Unterbesetzung“ somit ausgeschlossen sei. Eine ausführliche Beantwortung der Anfrage wird dem Protokoll beigelegt (**siehe Anlage 2**).

TOP 3.5 Anfrage von Herrn Tadeusz Nikitin - Schultoilettensanierung

Der Vorsitzende gibt die ihm vorliegenden Anfragen von Herrn Nikitin bekannt:

Die Verwaltung möge bitte folgende Frage klären und dem Ausschuss schnellstmöglich berichten:

Jugendlichen und Kindern in Lübeck stinkt es, wenn sie auf die Schultoilette müssen.

- Liegt die Schultoilettensanierung im Zeitplan?

- Wie lautet der Zeitplan?

- Gibt es eine Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an der Prioritätenliste der Sanierungsmaßnahmen?

Frau Senatorin Borns weist darauf hin, dass die Prioritätenliste der baulichen Vorhaben dem Ausschuss zur Erörterung vorgelegt worden sei und die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen sichergestellt wird. Die Frage nach dem Zeitplan wird zuständigkeitshalber an das GMHL weitergeleitet zur Beantwortung in der nächsten Ausschusssitzung.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

TOP 3.6 Anfrage von Herrn Tadeusz Nikitin - Ist-Zustand der technischen Ausstattung der Lübecker Schulen

Die Verwaltung möge bitte folgende Frage klären und dem Ausschuss schnellstmöglich berichten:

Wie stellt sich der Ist-Zustand der technischen Ausstattung der Lübecker Schulen dar?

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

TOP 3.7 Anfrage von Herrn Tadeuz Nikitin - Gesamtkonzept zur technischen Ausstattung der Lübecker Schulen

Die Verwaltung möge bitte folgende Frage klären und dem Ausschuss schnellstmöglich berichten:

Ausgehend vom Ist-Zustand der technischen Ausstattung der Lübecker Schulen sollte der Bericht der Verwaltung darstellen, wie ein Gesamtkonzept zur technischen Ausstattung aufgrund der Anforderungen eines sich verändernden Angebotes in den Schulen realisiert werden kann, insbesondere im Hinblick auf Qualitätsstandards (entfällt, falls es keine Qualitätsstandards gibt). Es muss überdies eine Prioritätenliste und die Zeitplanung für die Maßnahmen dargestellt werden.

Da dem Ausschuss nicht klar ist, was mit der „technischen Ausstattung“ gemeint ist, soll Herr Nikitin gebeten werden, seine Anfrage für die nächste Sitzung zu konkretisieren.

Zu der Kritik von Herrn Krause an der teilweise schlechten Ausstattung der naturwissenschaftlichen Fachräume in den Schulen weist Frau Senatorin Borns auf die mit dem Ausschuss abgestimmte Prioritätenliste hin, die von der Verwaltung nach den Haushaltsvorgaben abgearbeitet werde.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

TOP 4 Berichte

TOP 4.1 Erste Erkenntnisse (Bevölkerungsentwicklung/SchülerInnen-Zahlenentwicklung) zur neuen Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung

Frau Senatorin Borns stellt die Projektgruppe Bildung und Region vor und teilt mit, dass das Büro auch schon den ersten Bildungsbericht für die HL erstellt hat. Der heutige Bericht sei eine erste Information über die fachliche und sachliche Bestandsaufnahme zur Schulentwicklung der HL und bildet die Grundlage für einen umfänglichen Diskussionsprozess.

Die Präsentation von Herrn Krämer-Mandau, Bildung und Region, ist dem Protokoll beigelegt (**siehe Anlage 3**).

Herr Krämer-Mandau beantwortet anschließend inhaltliche Nachfragen von Frau Godowski und Herrn Prieur zur Entwicklung der „Dorfschulen“, von Herrn Puhle zur Entwicklung in Travemünde, von Frau Godowski und Herrn Wegner zur Entwicklung des Trave-Schulzentrums und von Herrn Daus zu den Klassenfrequenzen der Gemeinschaftsschulen.

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 4.2 Förderung der Lübecker Schulkindbetreuung – Ganztags an Schule
Vorlage: VO/2014/01997

Frau Senatorin Borns führt ein und geht auch auf die finanziellen Auswirkungen der Konzeption zur Neustrukturierung des Ganztagsbereichs ein. Frau Borns informiert über den Stand der geplanten Umsteuerung der im Haushalt für die Schulkindbetreuung geordneten Mittel und über die geplanten Elternbeiträge, die in Anlehnung an die Kita-Beiträge auch eine Sozialstaffel enthalten sollen. Eine beispielhafte Berechnung hierzu wird dem Protokoll beigefügt (**siehe Anlage 4**). Zum weiteren Vorgehen betont Frau Borns, dass sorgfältig darauf geachtet werden wird, alle bisherigen Akteure im Prozess der Qualitätsentwicklung weiter mitzunehmen und Brüche zu verhindern. Ziel ist, bestehende Strukturen zu integrieren und verlässlich zu professionalisieren und im Interesse einer stadtweiten Gleichbehandlung der Förderung auf Schulen in allen Stadtteilen zu übertragen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erhebt der Ausschuss keine Einwände dagegen, Frau Samadi das Wort zu erteilen.

Frau Samadi erläutert folgende, dem Vorsitzenden schriftlich vorliegende Fragen des Forums für Migrantinnen und Migranten:

1. Wie viele Honorarkräfte mit Migrationshintergrund werden im Ganztagsangebot in der Hansestadt Lübeck beschäftigt?
2. Wie viel beträgt der tarifgerechte Stundenlohn einer Honorarkraft?
3. Umfasst die Maßgabe einer tarifgerechten Entlohnung sowie die Arbeit in der Ganztagsgruppe als auch die Arbeit der Honorarkräfte in den Arbeitsgemeinschaften?
4. Müssen Sachkosten von der Honorarkraft finanziert werden?
5. Inwieweit kann die tarifgerechte Entlohnung gewährleistet werden bzw. wird die Einhaltung dieser Maßgabe von der Hansestadt Lübeck kontrolliert?

Frau Senatorin Borns greift die Ausführungen von Frau Samadi zum Ist-Zustand auf und weist darauf hin, dass diese Aspekte zu den Gründen gehören, warum mit der Neustrukturierung des Ganztags Vorgaben zur Entlohnung der Fachkräfte und zur Qualität eingeführt werden sollen. Somit könne auch der bisher fehlenden Einflussnahme auf die Träger entgegengewirkt werden. Eine ausführliche Beantwortung der Fragen wird dem Protokoll beigefügt (**siehe Anlage 5**).

Fragen von Herrn Luetkens zu den Elternbeiträgen, zur „Ganztagsgruppe Plus“ und zu möglichen Qualitätsunterschieden der derzeitigen Angebote beantwortet Frau Senatorin Borns und stellt das hohe Engagement aller Akteure heraus.

Frau Röttger möchte die Verwaltung davor warnen, ehrenamtliches Engagement in Frage zu stellen und spricht sich dafür aus, die weitere Vorgehensweise gut zu bedenken, um gewachsene Strukturen nicht zu zerschlagen.

Frau Senatorin Borns erwidert zu den Bedenken von Frau Röttger und erläutert die Steuerungserfordernis durch den Schulträger. Anliegen der Verwaltung sei es, dem sozialen Gefälle bei den Angeboten entgegenzuwirken und damit allen Schulen die gleichen Möglichkeiten zu bieten. Ehrenamtliches Engagement soll auch weiterhin Bestandteil des Ganztags sein.

Herr Puhle sieht den Vorstoß der Verwaltung als einen Schritt in die richtige Richtung und appelliert an die Ausschussmitglieder für einen offenen und transparenten Umgang mit der Thematik, um bei den Beteiligten keine Ängste zu schüren.

Auf Nachfrage von Herrn Luetkens erläutert Frau Albrecht den Kostenvergleich mit der Betreuung in Horten. Frau Kramm macht deutlich, dass es nicht um Einsparung von Kosten, sondern um Investition in die Qualifizierung der Schulkindbetreuung geht.

Eine Frage von Frau Godowski zur finanziellen Ausstattung für die Sekundarstufe I beantwortet Frau Rieper.

Zu den Fragen von Herrn Prieur und Frau Godowski zur räumlichen Situation teilt Frau Senatorin Borns mit, dass im weiteren Verfahren auch der Raumbedarf für den Ganzttag festzustellen ist.

Die Frage von Herrn Prieur, ob mit der Übertragung der Gesamtverantwortung ein höherer Organisationsaufwand für die Schulleitungen verbunden sei, beantwortet Frau Senatorin Borns und weist auf die Zielsetzung dieser Regelung hin, eine inhaltlichen Verzahnung von Unterricht und Ganztagsangeboten sicherzustellen. Die Organisation des Ganztags werde von den Trägern übernommen. Herr Thorn ergänzt, dass die Rolle der Schulleitung im Rahmen der Richtlinie des Landes zur Offenen Ganztagschule geregelt ist.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 4.3 Bericht zum Kommunalen Integrationskonzept der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2014/01993**

Frau Seeberger führt den Bericht ein.

Der Vorsitzende erteilt unter Zustimmung des Ausschusses Frau Samadi das Wort.

Frau Samadi stellt Fragen zum Bericht, die dem Ausschuss schriftlich nachgereicht werden (**siehe Anlage 6**).

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 4.4 Finanzierung der Sanierung der Grundschule Groß Steinrade
Antwort/Bericht zum Interfraktionellen Antrag VO/2014/01777 bezgl.
VO/2014/01901
Vorlage: VO/2014/02094**

Zu der Frage von Herrn Wegner nach dem Stand des Angebots von Kinderwege, als Bauträger zur Verfügung zu stehen, informiert Herr Prieur über die Erörterung der Thematik im Bauausschuss und teilt mit, dass dies aus vergaberechtlichen Gründen keine Option sei.

Frau Senatorin Borns gibt die Antwort der Possehl-Stiftung auf die Anfrage der Verwaltung bekannt, ob die von dort ausgesprochene Förderung ggf. auch bei einem Neubau der Schule aufrechterhalten wird. Laut Schreiben der Possehl-Stiftung (**siehe Anlage 7**) wäre hierfür ein Antrag auf Umwidmung bei der Stiftung zu stellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 4.5 Bericht über den Meilensteinbericht der Ist-Analyse des Projektes
"Zentralisierung der Hausmeisterdienste beim GMHL"
Vorlage: VO/2014/02088**

Auf Nachfrage von Herr Kolterjahn erläutert Frau Senatorin Borns ihre Entscheidung, den Bericht zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vorzulegen.

Zu der Frage von Herr Wegner, ob im Zuge der Neuorganisation der Hausmeisterdienste eine personengebundene Versorgung der Schulen sichergestellt werde, geht Herr Hielscher auf die Zielrichtung einer flächendeckenden Versorgung der Objekte der HL ein und teilt mit, dass hierüber derzeit keine Aussage getroffen werden könne.

Herr Puhle beantragt, dass der Bericht an die Verwaltung zurückverwiesen wird. Herr Puhle begründet seinen Antrag mit von ihm befürchteten Mehrkosten durch die Zentralisierung der Hausmeisterdienste sowie der nicht ersichtlichen Einbeziehung der Betroffenen in das bisherige Verfahren.

Herr Prieur stimmt dem Antrag von Herrn Puhle zu.

Herr Schopenhauer kritisiert, dass wesentliche Aspekte im Bericht nicht enthalten seien, z. B. wie mit den Aufgaben des Negativkatalogs umgegangen werden soll. Herr Hielscher teilt dazu mit, dass dies Inhalt der Soll-Konzeption sein wird.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag von Herrn Puhle abstimmen.

Antrag:

Der Bericht wird an die Verwaltung zurückverwiesen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig antragsgemäß..

TOP 4.6 Aktuelle Situation der DAZ*-Klassen in den Lübecker Schulen

Frau Senatorin Borns teilt mit, dass am 10.12.14 eine bereichsübergreifende Arbeitskonferenz zu der Thematik „Flüchtlingskinder in KiTa, Schule und Berufsschule“ stattfinden wird, zu der der Bereich Schule und Sport und die Schulräte gemeinsam eingeladen haben. Die Ergebnisse sollen dem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorgestellt werden.

Herr Krause beanstandet den Vormittags-Termin, der für das Ehrenamt schwer wahrzunehmen sei. Frau Borns weist darauf hin, dass der Termin der Arbeitskonferenz bewusst in die Arbeitszeit der Eingeladenen gelegt wurde, die beruflich mit diesem Thema

befasst sind.

Herr Daus stellt die aktuelle Situation der DAZ*-Klassen in den Lübecker Schulen dar. Eine Zusammenfassung ist dem Protokoll beigelegt (**siehe Anlage 8**).

Auf Vorschlag des Vorsitzenden erteilt der Ausschuss Herrn Krüger das Wort.

Herr Krüger berichtet zur Lage der DAZ*-Klassen in den Beruflichen Schulen, dass im Lübecker DAZ*-Zentrum Gewerbeschule Nahrung und Gastronomie auf den 24 zur Verfügung stehenden Plätzen bislang 26 SchülerInnen unterrichtet wurden, 15 davon haben Flüchtlingsstatus. In Kooperation mit der Emil-Possehl-Schule wird für 15 Neuanmeldungen ab kommender Woche eine weitere Klasse eingerichtet, die im Wechsel an beiden Schulen stattfinden wird. So könne auch die berufliche Orientierung der SchülerInnen unterstützt werden.

* Deutsch als Zweitsprache

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

TOP 5 Beschlussvorlagen

TOP 5.1 Haushaltssatzung 2015 mit Stellenplanänderungen 2015 Vorlage: VO/2014/01995

Auf Nachfrage von Herrn Krause zu den erheblichen Steigerungen bei den Kostenerstattungen (06.) sowie den ordentlichen Aufwendungen (18.) im Produkt Grundschulen (S. 611) erläutert Herr Geller, dass diese im Wesentlichen durch Veränderungen im Rahmen der Schulkostenbeiträge ausgelöst werden.

Herr Krause hinterfragt die Steigerung der Personalkapazität im Produkt Grundschulen (S. 611).

Nachtrag der Verwaltung zum Protokoll:

Aufgrund einer veränderten Datengrundlage sind die Teilzeitkräfte von 18 auf 32 gestiegen. Dies sind also nur mehr Köpfe, nicht mehr Kosten. Die Vollzeitäquivalente sind um eine Stelle gestiegen. Dabei handelt es sich um eine SchulsekretärInnen-Springerstelle, die zum Ausgleich von krankheitsbedingten Ausfallzeiten und fluktuationsbedingten Vakanzen in dem Aufgabenbereich besetzt werden soll.

Auf Nachfrage von Frau Röttger zu der Investitionsmaßnahme Neubau der Mensa für die Oberschule zum Dom (S. 622) erläutert Herr Thorn, dass die Anmeldung des Bereichs Schule und Sport zum Haushalt 2015 vom Bereich Haushalt und Steuerung geschoben wurde, die Entscheidung hierüber letztlich von der Bürgerschaft zu treffen sei. Die Verwaltung wird sich bemühen, die noch ausstehende Antwort der Possehl-Stiftung auf den Förderantrag schnellstmöglich einzuholen.

Hierzu sprechen Frau Senatorin Borns, die darauf hinweist, dass ein solches

Investitionsvorhaben in Abhängigkeit des Baufortschritts über Jahre gestreckt werden könne, und Frau Godowski.

Dem Ausschuss liegt folgender Beschlussvorschlag vor:

Beschlussvorschlag:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan incl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten wird mit den Veränderungen lt.

Anlage 1 - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan– **Spalte 11**

Anlage 2a - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan/Investitions- und Finanzierungstätigkeiten- **Spalte 10** -

beschlossen.

- 1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche (**Anlage 4**) werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2015 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
2. Die Durchführungsbestimmungen (DB) zur Haushaltssatzung werden in der als **Anlage 0** beigefügten Fassung festgesetzt.
3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	690.782.000	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	746.616.600	EUR
einen Jahresüberschuss von einen Jahres fehlbetrag von	55.834.600	EUR
 2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	674.234.800	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	706.712.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	73.040.500	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	106.492.600	EUR
- festgesetzt.

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	33.357.300	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	40.635.700	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	450.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.204,54	Stand: 08/2014

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
%	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500%
2.	Gewerbsteuer	430 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten. Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Für die Wirtschaftspläne der **städt. SeniorInneneinrichtungen** werden festgesetzt:

		2015/ EUR
1.	im Erfolgsplan	
	die Erträge auf	23.420.500
	die Aufwendungen auf	25.327.700
	der Jahresverlust auf	1.907.200
.2	im Vermögensplan	
	die Einnahmen auf	208.700
	die Ausgaben auf	208.700
3.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0
4.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0
5.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.400.000

§ 6

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2015 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

§ 7

Der Gesamtbetrag der Kredite zur Ablösung von Kassenkrediten wird auf 200.000.000 EUR festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.
(Ende des Satzungstextes)

4. Stellenplan

4.1 Der Stellenplan 2014 (3.196,42 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2015 um die sich aus der **Anlage 5a** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015** festgesetzt (3.204,54 Planstellen).

4.2 Die sich aus der **Anlage 5b** ergebenden **Stellenplanveränderungen (Hebungen)** gem. erfolgter Bewertung sowie die **Stellenplanveränderungen zur Umsetzung der Dienstpostenbewertung Stufe 3 (Hebungen und Abwertungen) gem. Anlage 5c** werden im Stellenplan 2015 festgeschrieben.

5. Haushaltsbegleitbeschluss 2015

Die in der **Anlage 6** genannten neuen Konsolidierungsmaßnahmen werden beschlossen. Der Bürgermeister wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieser Konsolidierungsmaßnahmen einzuleiten, um die kalkulierten Haushaltsverbesserungen zu realisieren. Über die Umsetzung der Maßnahmen ist halbjährlich zu berichten.

Soweit es sich um strukturelle Maßnahmen im Sinne des Haushaltskonsolidierungsgesetzes des Landes S.-H. und der dazu erlassenen Richtlinien handelt, werden diese je nach Kassenwirksamkeit der Umsetzung Bestandteil des Konsolidierungskonzeptes 2012-2015 bzw. 2016-2018.

Der Vorsitzende beantragt, die Vorlage ohne Votum passieren zu lassen und lässt über den Antrag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig antragsgemäß.

TOP 5.2	Spendenannahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung über 20.500 Euro für die berufsbegleitende Vorbereitung auf den Mittleren Schulabschluss an der VHS Lübeck Vorlage: VO/2014/02026
----------------	---

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung über 20.500 Euro für die berufsbegleitende Vorbereitung auf den Mittleren Schulabschluss an der VHS Lübeck wird angenommen.

*Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss
und der Bürgerschaft einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**TOP 5.3 Spendenannahme einer Geldspende der Possehlstiftung über 15.000 Euro für die Anschaffung eines Mobilen Klassenzimmers (Kurssatz Notebooks) für die VHS-Deutschkurse
Vorlage: VO/2014/02027**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung über 15.000 Euro für die Anschaffung eines Mobiles Klassenzimmers (Kurssatz Notebooks) für die VHS-Deutschkurse wird angenommen.

*Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss
und der Bürgerschaft einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**TOP 5.4 Annahme einer Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 200.000 €
Vorlage: VO/2014/02060**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Spende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung zu Lübeck in Höhe von 200.000 € zur Unterstützung des Lübecker Bildungsfonds wird gem. § 76 Abs. 4 GO angenommen,.

*Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss
und der Bürgerschaft einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**TOP 5.5 Annahme einer Spende der Possehl-Stiftung über 1,25 Mio. Euro
Vorlage: VO/2014/02061**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Spende der Possehl-Stiftung in Höhe von 1.250.000 € zur Unterstützung des Lübecker Bildungsfonds wird gem. § 76 Abs. 4 GO angenommen,.

*Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss
und der Bürgerschaft einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

**TOP 5.6 Spendenannahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung für die Schulbauentwicklung der Marienschule, Schule Falkenfeld, Baltic-Schule, Berend-Schröder-Schule, Emanuel-Geibel-Schule und Kita Glockengießer Straße
Vorlage: VO/2014/02067**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 1.300.000,00 EUR für das Projekt Schulbauentwicklung der Hansestadt Lübeck wird angenommen.

*Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss
und der Bürgerschaft einstimmig
gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.*

TOP 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

TOP 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

TOP 8 Verschiedenes

Anlässlich des bevorstehenden Ausscheidens von Frau Senatorin Borns sprechen die Ausschussmitglieder Frau Borns ihren Dank aus.

TOP 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Entfällt.

Lübeck, den 26. Januar 2015

André Kleyer
Vorsitz

Antje Richter
Protokollführung